

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ute Koczy, Volker Beck (Köln), Uwe Kekeritz,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8354 –**

Transparenz im Rohstoffsektor – EU-Vorschläge umfassend umsetzen

A. Problem

Drei Viertel der armen Bevölkerung weltweit lebt in Ländern, die über enorme Rohstoffvorkommen verfügen. Diesen Ländern gelingt es nicht, ihren Rohstoffreichtum als Potenzial für eine nachhaltige Entwicklung zum Wohle der eigenen Bevölkerung zu nutzen. Es gibt zwar in vielen rohstoffreichen Entwicklungsländern Gesetze, die die Erfüllung rechtlicher und steuerrechtlicher Verpflichtungen der Unternehmen sowie eine Beteiligung der Bevölkerung an den Einnahmen aus der Rohstoffförderung vorschreiben, sie werden aber sehr häufig nicht eingehalten.

Mit ein Grund hierfür ist die fehlende Transparenz sowie die Korruption im Rohstoffsektor. Was fehlt, ist die Offenlegung der Zahlungen der im Rohstoffsektor tätigen Unternehmen an die Regierungen derjenigen Länder, in denen sie Rohstoffe fördern. Nur eine umfassende Veröffentlichung der Zahlungen auf Länder- und Projektebene ermöglicht es Parlamentariern und Parlamentarierinnen, der Zivilgesellschaft sowie der Bevölkerung rohstoffreicher Länder, von ihren Regierungen Rechenschaft zu fordern, ihr Agieren zu kontrollieren, Unregelmäßigkeiten aufzudecken und im Ergebnis eine angemessene Beteiligung an den Einnahmen einzufordern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/8354 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar G. Wöhrl
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Harald Leibrecht
Berichterstatter

Niema Movassat
Berichterstatter

Ute Koczy
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Dr. Sascha Raabe, Harald Leibrecht, Niema Movassat und Ute Koczy

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8354** in seiner 152. Sitzung am 19. Januar 2012 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, die von der EU-Kommission am 25. Oktober 2011 vorgelegten Vorschläge zur Überarbeitung der Transparenz- und Buchhaltungsrichtlinien im Rohstoff- und Forstsektor aktiv und vollumfänglich zu unterstützen und ihre Umsetzung sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene zügig in die Wege zu leiten.

Mit der Umsetzung dieser Vorschläge würde man über die in Artikel 1504 verankerten Regelungen im Dodd-Frank-Act, die der EU als Leitlinien für ihren Richtlinienentwurf gedient haben, hinausgehen und auch große nicht börsennotierte Unternehmen in die Offenlegungspflicht aufnehmen sowie auch all die Unternehmen mit einbeziehen, die nicht nur im Öl-, Gas- und Mineraliensektor, sondern auch im Forstsektor aktiv sind.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, sich dafür einzusetzen, dass die vorgesehenen Ausnahmeregelungen, wonach Rohstoffunternehmen ihre Zahlungen nicht offenlegen müssen, wenn eine solche Offenlegung in dem Land verboten ist, in dem sie ihre Zahlungen leisten, aus dem Kommissionsvorschlag entfernt werden.

Ferner soll sie sich dafür einsetzen, dass die Offenlegung von weiteren länderbezogenen Referenzdaten verankert und der Geltungsbereich auch auf diejenigen Unternehmen ausgedehnt wird, die außerhalb des Rohstoffsektors agieren.

Mit den von der EU vorgeschlagenen Regelungen würden die wegweisenden Initiativen freiwilliger Maßnahmen wie der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) und ihrem zivilgesellschaftlichen Konterpart Publish What You Pay (PWYP) in Richtung eines globalen Transparenzstandards im Rohstoffsektor weiterentwickelt.

Eine anzustrebende umfassende EU-Regulierung, wovon schätzungsweise mindestens 200 börsennotierte und 400 große nicht börsennotierte Unternehmen in Europa betroffen wären, wäre, im Verbund mit dem Dodd-Frank-Act, ein auforderndes Signal an die G20-Mitglieder, mit entsprechenden Gesetzgebungen nachzuziehen. Drei Viertel der armen Bevölkerung weltweit lebt in Ländern, die über enorme Rohstoffvorkommen verfügen. Diesen Ländern gelingt es nicht, ihren Rohstoffreichtum als Potenzial für eine nachhaltige Entwicklung zum Wohle der eigenen Bevölkerung zu nutzen. Es gibt zwar in vielen rohstoffreichen Entwicklungslän-

dern Gesetze, die die Erfüllung rechtlicher und steuerrechtlicher Verpflichtungen der Unternehmen sowie eine Beteiligung der Bevölkerung an den Einnahmen aus der Rohstoffförderung vorschreiben, sie werden aber sehr häufig nicht eingehalten.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung, der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 73. Sitzung, der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 60. Sitzung, der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten.

Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 53. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt klar, mit dem Antrag fordere man verbindliche Maßnahmen für eine gerechtere und nachhaltigere Rohstoffpolitik. Die Erfahrung habe gezeigt, dass freiwillige Initiativen im Rohstoffsektor nicht ausreichen. Insofern müsse der Richtlinienentwurf der EU-Kommission zur Verpflichtung der Offenlegung im Rohstoffsektor unterstützt und umfassend umgesetzt werden. Leider sei es aber so, dass die Bundesregierung in Brüssel eher bremsend auftreten würde und sich Deutschland im Unterschied zu anderen EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Großbritannien für diesen Entwurf nicht stark mache. Dies sei äußerst bedauerlich. Besonders bezeichnend für die Rohstoffpolitik der Bundesregierung sei, dass im Kontext der Beratungen der EU-Vorschläge für Rohstofftransparenz nur der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) konsultiert worden sei. Man dränge darauf, dass auch die Zivilgesellschaft gehört werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** teilt die Auffassung der Antragsteller, die Bundesregierung solle die Vorschläge der EU-Kommission unterstützen. Man bewerte die Kommissionsvorschläge als zielführend und sei ganz zuversichtlich, dass die Offenlegung einen entwicklungspolitischen Nutzen habe. Der bestehe aber weniger darin, wie von den Antragstellern hervorgehoben, dass die Europäer das Recht erhielten zu erfahren, ob europäische Unternehmen weltweit fair

agierten, sondern darin, dass sich die Menschen vor Ort informieren und auf diesem Wege gegen Korruption und schlechte Regierungsführung vorgehen könnten. Auch die Forderung der Antragsteller nach globalen Transparenzregeln trage man mit; EU-weit geltende Regelungen seien nur die zweitbeste Lösung. Man lehne den Antrag aber ab, weil die Antragsteller zu viel Verantwortung auf die Unternehmen abwälzen wollten. Es fehle das klare Bekenntnis, dass die Verbesserung der Situation der Menschen in den rohstoffreichen Ländern vor allem eine Aufgabe der dortigen Regierungen sei. Auch der Vorwurf, die Unternehmen seien für das Nichtgelingen der besseren Nutzung der Rohstoffe verantwortlich, gehe fehl. Investitionen in Bildung und soziale Sicherung sei Aufgabe der Regierungen und nicht der Unternehmen. Hierbei könne die Entwicklungspolitik helfen. Schließlich lehne man den Antrag auch deshalb ab, weil eine umfassende Offenlegung von anderen Unternehmensdaten gefordert werde. Diesbezüglich sei man gut beraten, erst einmal die Wirkung der Kommissionsvorschläge abzuwarten.

Die **Fraktion der SPD** erinnert daran, dass man von Anfang an den „Dodd-Frank-Act“ unterstützt habe. Die EU solle dem amerikanischen Beispiel folgen und auf jeden Fall auch eine projektbezogene Offenlegung vorsehen. Komme es nur zu einer allgemeinen Länderstatistik, werde sich diese Richtlinie als ein „stumpfes Schwert“ erweisen. Für die Betroffenen, für die Zivilgesellschaft mache nur eine projektbezogene Transparenz Sinn. Die Kritik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der alleinigen Einbeziehung des BDI in die Beratungen der Bundesregierung teile man. Man werde dem vorliegenden Antrag zustimmen, hätte sich aber gewünscht, wenn auch die von der EU angedachten Mitteilungsschwellen in Bezug auf die Offenlegung der Transaktionen herausgenommen würden, so dass ohne Ausnahme eine Offenlegung verpflichtend sei.

Die **Fraktion der FDP** begrüßt die Vorschläge der EU-Kommission als einen Schritt in die richtige Richtung. Dadurch werde mehr Transparenz im Rohstoffsektor hergestellt.

Bezüglich der geplanten Ausnahmeregelung habe man auch die Sorge, dass sich das eine oder andere Unternehmen hinter solchen Regelungen verstecken könne. Zudem wolle man auch eine gewisse Fairness zwischen den Ländern sicherstellen. Man wisse, dass es in einigen Ländern marktbeherrschende Unternehmen gebe, die sich aufgrund der mangelnden strafrechtlichen Verfolgung im Lande einer Kontrolle entziehen würden. Man unterstütze auch den Vorschlag der Bundesregierung, über den Bereich der Primärwälder hinauszugehen und andere Waldtypen mit zu erfassen. Das gehe über die vorliegenden EU-Vorschläge hinaus. Bezüglich beider Punkte sei der vorliegende Antrag zu loben. Der Antrag schieße aber über das Ziel hinaus, wenn er generell auch andere Produkte einbeziehen wolle. Zudem müsse man darauf achten, dass keine überbordende Bürokratie geschaffen würde. Darum werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** unterstützt die Intention des EU-Richtlinienentwurfs, über die Vorgaben des „Dodd-Frank-Acts“ hinauszugehen, insbesondere dass auch die Forstwirtschaft erfasst werde und große, nicht börsenorientierte Unternehmen. Auch in diesen Bereichen müsse Transparenz hergestellt werden. Man selbst stehe zu Modellen wie beispielsweise in Bolivien, wo der gesamte Rohstoffsektor stärker staatlich reguliert werde. Nur so könne man die Mittel auch besser einsetzen. Die Privilegierung des BDI und Nichteinbeziehung der Zivilgesellschaft durch die Bundesregierung könne man nicht akzeptieren. Bei der Abstimmung zu dem vorliegenden Antrag werde man sich enthalten. Zum einen deshalb, weil die Antragsteller hinsichtlich der gültigen nationalen gesetzlichen Regelungen dem Aspekt der nationalen Souveränität nicht hinreichend Rechnung getragen hätten. Zum anderen vermisse man in der Fokussierung auf die Aspekte Intransparenz und Korruption als Ursachen für eine fehlende Nutzung des Rohstoffreichtums für die eigene Entwicklung die notwendigen Hinweise auf andere Ursachen, wie beispielsweise Handelsinvestitionsschutzabkommen und die globalen Wirtschaftsbeziehungen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Dr. Sascha Raabe
Berichtersteller

Harald Leibrecht
Berichtersteller

Niema Movassat
Berichtersteller

Ute Koczy
Berichterstatlerin